



BURMA REPORT

Oktober 2010

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 89

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com> -
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]
News & Articles on Burma, 28.09.2010
DEMOCRATIC VOICE OF BURMA
(DVB) - <<http://www.dvb.no/elections/un-gets-nod-from-china-over-burma-pressure/11968>>

China stimmt Druck durch UN auf Burma

Agence France Press, 28. September 2010

Die Wahl, die in Burma bevorsteht, wird solange nicht glaubwürdig sein, wie die Militärregierung die Nobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi nicht freilässt, sagte eine Ministerialgruppe der UN am Montag.

Die Gruppe, zu der Minister aus den Nachbarländern China und Indien gehören, wie auch aus Thailand, Singapur und Indonesien oder England und den Vereinigten Staaten - äusserten klar die Notwendigkeit, dass der Wahlprozess umfassender, mit mehr Beteiligung und Transparenz ablaufen muss," sagte UN-Chef Ban Ki-moon nach der Konferenz.

"Die Mitglieder forderten Schritte zur Freilassung aller politischen Häftlinge einschliesslich Aung San Suu Kyis".

"Dies ist unbedingt erforderlich, soll die Wahl als glaubwürdig erscheinen und zur Stabilität und Entwicklung in Myanmar (Burma) beitragen", sagte Ban zu Reportern nach der Konferenz der Gruppe der Freunde für Myanmar.

Ein burmesischer Regierungsvertreter nahm an der Konferenz nicht teil, die am Rande der UN-Generalversammlung stattfand. Ban traf sich jedoch am Sonntag mit Aussenminister U Nyan Win im UNO-Hauptquartier.

"Ich habe meinen dringenden

Wunsch und die Erwartung übermittelt, dass die Wahl in fairer, transparenter und umfassender Weise durchgeführt werden soll," berichtete Ban über sein Treffen mit dem Aussenminister. Er habe auch auf die Entlassung von Aung San Suu Kyi gedrängt, die die meiste Zeit der vergangenen zwei Jahrzehnte unter Hausarrest verbrachte.

Burma hat ihre Partei, die National League for Democracy, zusammen mit neun weiteren Oppositionsparteien von der Teilnahme an der Wahl am 7. November, der ersten innerhalb von zwei Jahrzehnten, ausgeschlossen. Die Opposition nennt die Wahl einen Schwindel. Die Junta teilte jetzt jedoch mit, dass Aung San Suu Kyi ihre Stimme abgeben darf.

Ban sagte, dass die Vorphase zur Wahl "kritisch" sein wird und dass die Ministerialgruppe Burma auffordert, "eine konstruktivere und vorausschauendere Herangehensweise" für die internationale Gemeinschaft zu zeigen.

Er sagte, dass die Minister aus Ländern mit sehr unterschiedlicher Haltung Burma gegenüber, ihren Willen zur Zusammenarbeit geäussert haben, um Myanmar zu helfen, seine politischen, humanitären und Entwicklungsherausforderungen gleichzeitig und mit gleicher Aufmerksamkeit anzugehen.

"Die Gruppe bestätigte auch ihre Übereinstimmung hinsichtlich Ziel und Aktion, Myanmar zu ermutigen, weitere Anstrengungen zur nationalen Aussöhnung und zur Demokratie zu machen".

Die Vereinigten Staaten wie auch die Europäische Union haben Burma mit Sanktionen belegt. China hat Myanmar jedoch vor UN-Sanktionen geschützt, und Indien empfing den Juntachef Than Shwe im Juli zu einem Staatsbesuch.

"In diesem kritischen Augenblick des Übergangs in Myanmar ist es umso wichtiger, dass die Gruppe, besonders aber Myanmars Nachbarn, Myanmar dazu ermuntern, mich in meinen Bemühungen zu unterstützen", sagte Ban.

Der UN-Chef hat in den vergangenen Monaten zunehmend Frustration der burmesischen Junta gegenüber gezeigt. Die Regierung hat selbst einen Besuch seines Stabschefs, Vi-jaay Nambiar, abgelehnt.

"Wir haben versucht, dieses Jahr irgendetwas einen Besuch zu bewirken. Es war nicht möglich. Ich habe hierüber mein Bedauern ausgedrückt", sagte Ban zu Reportern.

Der Generalsekretär forderte die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), zu der auch Burma gehört, auf, einen härteren Ton bei der Junta bezüglich der Wahlen anzuschlagen.

Er warnte die Chefs der ASEAN am Freitag, dass, sollten die Wahlen nicht glaubwürdig ablaufen, dies die "gemeinsamen Werte und Prinzipien der ASEAN reflektieren würde"

Ban sagte, er würde erneut während des Regionalgipfels, der nächsten Monat in Hanoi stattfindet, ASEAN und Burma bedrängen. US-Aussenministerin Hillary Clinton wird ebenfalls anwesend sein.

Ein Rechtsgesandter der UN fordert, zu untersuchen, ob die Art und Weise, wie die Junta ihre Gegner behandelt, Folter darstellt, was dann zu einem Gerichtsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen kann.

Ban sagte, dass jeder Fall durch die UN-Mitglieder entschieden werden muss. Aung San Suu Kyis Partei trug einen erdrutschartigen Sieg in der Wahl von 1990 davon, die ...

... Junta erlaubte ihr jedoch nie, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - Sep 10-22, 2010

The Mizzima -

<<http://www.mizzima.com/news/world/4391-france-joins-calls-for-un-inquiry-into-burma-abuses.html>>

Frankreich schließt sich der Aufforderung zur Einrichtung eines UN-Untersuchungsausschusses für Vergehen in Burma an

an - THOMAS MAUNG SHWE-
Donnerstag, den 23. September 2010

Chiang Mai: Der französische Vertreter, Jean-Baptiste Mattei, gab während einer Konferenz des Menschenrechtsrates am vergangenen Freitag bekannt, dass seine Regierung die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission für Menschenrechtsvergehen in Burma unterstützen wird.

Seine Bemerkungen wurden in einem Protokoll zur Konferenz vom vergangenen Freitag festgehalten, das vor kurzem auf der website des UN-Büros des Hochkommissars für Menschenrechte versandt wurde.

Frankreich ist somit die achte Nation, die die Einrichtung einer Untersuchungskommission für Burma befürwortet und tritt damit den Forderungen Australiens, Englands, Kanadas, der Tschechischen Republik, Ungarns, der Slowakei und der Vereinigten Staaten, sowie vieler Rechtsgruppen bei, wie Amnesty International und Human Rights Watch, die diese Vergehen dokumentiert haben und alle eine solche Untersuchung befürworten.

Aung Din, geschäftsführender Direktor der Rechtsgruppe von US-Campaign for Burma begrüßte die Haltung Frankreichs. Das Ankommen der Franzosen ist eine posi-

tive Entwicklung“, sagte der ehemalige Häftling, der die Organisation führt und sich ebenfalls für einen Boykott der Wahlen, die am 7. November stattfinden sollen, einsetzt.

Im März übergab der UN-Sonderberichterstatler zur Rechtssituation in Burma, Tomas Ojea Quintana, dem UN-Menschenrechtsrat einen Bericht, in dem festgestellt wird, dass in Burma ein Muster grober und systematischer Menschenrechtsverletzungen“ besteht. In Quintanas Bericht wird die UNO dazu aufgefordert, die Einrichtung eines „Untersuchungsausschusses mit besonderem Mandat zur Faktenerhebung“ in Betracht zu ziehen, „um der Frage nach internationalen Vergehen“, die in Burma begangen werden, nachzugehen.

Während der Konferenz gaben verschiedene Länder, unter ihnen Norwegen, die USA, Irland, die Schweiz und Japan ihrer Besorgnis über den Zustand der Menschenrechtssituation in Burma Ausdruck, wie z.B. die Behandlung ethnische Minoritäten und die vielkritisierten nationalen Wahlen.

Während der bewilligten Zeit des Rechts auf Antwort, feuerte das burmesische Regime gegen diese Anschuldigungen zurück mit der Behauptung, dass „ die Anschuldigungen gegen Myanmar (Burma) völlig falsch und unbegründet seien. Es gibt in Myanmar keine Menschenrechtsverletzungen, und die Regierung hat mit 17 der 18 Rebellengruppen Waffenstillstandsverhandlungen geführt. Das Militär ist nur gegen Gruppen von Aufständischen vorgegangen und hat keine Militärangeiffe durchgeführt. Bezüglich des Themas Straflosigkeit, wird jeder Angehörige des Militärs, der sich am nationalen Gesetz vergeht, einer legalen Bestrafung zugeführt. Die Regierungsbehörde Myanmars sieht nicht die Notwendigkeit zur Durchführung von Untersuchungen, da es dort keine Menschenrechtsverletzungen gebe“.

Wahrscheinlich waren die Vertreter Burmas, die an der Konferenz teilnahmen, sehr erfreut darüber, dass China seine Zeit dazu benutzte, die kürzliche französische Welle von Deportationen der Romas (früher als Zigeuner bekannt) zurück nach Rumänien und Ungarn zu erwähnen.

Frankreich, das ständiges Mitglied im

UN-Sicherheitsrat ist, mußte eine Welle von Kritik seiner gemeinsamen Menschenrechtsgruppen und vieler Europäer über sich ergehen lassen, seit Präsident Nicolas Sarkozy im vergangenen Monat entschied, mit der Deportation von tausenden von Romas nach Osteuropa zu beginnen, trotz der Tatsache, dass sie europäische Staatsbürger sind und deshalb theoretisch überall in der Europäischen Union leben dürften.

Weitere Nationen, die an der Konferenz teilnahmen und die sich energisch gegen die Anklage wegen Menschenrechtsverletzungen verwehrten, waren Nordkorea und der Iran.

The Irrawaddy Newsletter for Tuesday, September 21, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org/

The Irrawaddy - 21. September 2010
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19516>

Aquino fordert die Unterstützung der UN-Untersuchung von Kriegsverbrechen der Junta

-THE IRRAWADDY

Eine führende internationale Rechtsgruppe, Human Right Watch (HRW), suchte am Montag den philippinischen Präsidenten, Benigno S. Aquino III auf, um ihn für seine Unterstützung zur Einrichtung eines von der UNO zu gründenden Untersuchungsausschusses bezüglich Burma zu bitten.

Der internationale Untersuchungsausschuss (Commission of Inquiry - Col) würde Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und mögliche Kriegsverbrechen durch das burmesische Militärregime untersuchen.

Die in New York ansässige Rechtsgruppe HRW sagte in einem offenen Brief an Präsident Aquino, "Wir bitten die philippinische Regierung, sich anderen Staaten anzuschließen und öffentlich die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission bezüglich Burma zu unterstützen und sich einer UNO-Resolution, die dies ermöglicht, aktiv zu verpflichten".

"Wir möchten Sie dazu ermu- ..."

... tigen, dieses Thema auf der Konferenz des US-ASEAN-Gipfels, der Ende dieser Woche in New York stattfinden wird, einzubringen", ist in dem Brief zu lesen.

HWR betonte auch die Wichtigkeit, dass die Philippinen öffentlich die Col bezüglich Burma unterstützen, und dass eine solche Kommission Berichte über Menschenrechtsverletzungen und der humanitären Gesetze seit 2002 durch alle Parteien untersuchen soll und die Täter solcher Übergriffe benennt, damit sichergestellt wird, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Seit mehr als einer Dekade besteht in Burma Straffreiheit für gravierende Menschenrechtsverletzungen. Eine internationale Untersuchung wäre ein bedeutender Schritt für Gerechtigkeit", besagt der Brief.

Lt. Menschenrechtsgruppen sind Truppen der burmesischen Junta wie auch bewaffnete ethnische Gruppen verantwortlich für zahlreiche Verletzungen des internationalen Menschenrechts wie auch des humanitären Gesetzes. Hierzu gehören sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen, bewusste und wahllose Angriffe gegen Zivilpersonen, Massenexekutionen von Zivilisten und gefangenen Gegnern, Folter, der Einsatz von Kindersoldaten, Angriffe auf die Lebensgrundlage der Bevölkerung und deren Nahrungsmittelreserven, Zwangsevakuierung der Bevölkerung und die Verwendung von Tretrminen.

Die HRW schrieb in ihrem Brief an Präsident Aquino, "Sie sagten in Ihrer Antrittsrede, dass es "keine Aussöhnung ohne Gerechtigkeit gibt". Wenn wir es zulassen, dass Straftaten ungesühnt bleiben, dann sind wir damit einverstanden, dass sie immer und immer wieder begangen werden". Dies scheint besonders im Hinblick auf Burma wahr zu sein, wo die Misshandlungen seitens der Militärregierung wie auch der bewaffneten ethnischen Minderheitsgruppen seit Dekaden ungestraft hingenommen werden.

Durch Ihre Unterstützung der Menschenrechte in Burma würden Sie in der Nachfolge Ihrer Mutter handeln.

Der Brief führt weiter aus, dass "sich die ehemalige Präsidentin Corazon Aquino stark für Gerechtigkeit in Burma einsetzte".

Es war der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Burma, Tomás Ojea Quintana, der sich im März für die Einrichtung eines Col einsetzte. Diese findet bereits die Unterstützung Australiens, der Tschechischen Republik, Ungarns, der Slowakischen Republik, Englands und der USA.

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com>, :
[NLDmembrsnSupportersofCRPPnNLDnDASS
K] News & Articles on Burma, 22. Sep 2010
<<http://www.dvb.no/news/burma-corned-at-un-rights-debate/11876>>

Democratic Voice of Burma (DVB), den 22. September 2010

Burma durch UN-Rechtsdebatte in die Enge getrieben

- FRANCIS WADE

Vertreter von 12 Ländern erhoben in der vergangenen Woche anlässlich einer Konferenz des UN-Menschenrechtsrates in Genf eine vernichtende Anklage gegen Burma wegen der dort herrschenden Menschenrechtsverletzungen.

Burmas Konferenzvertreter, Maung Lwin, sah sich verletzenden Bemerkungen seitens der Diplomaten der EU, USA, Australien, Japans und Norwegens ausgesetzt und fand sich vor den heraufziehenden Wahlen und einer möglichen UN-Untersuchung von Kriegsverbrechen als Pariah im Mittelpunkt der Debatte vom 17. September.

„Japan äusserte weiterhin ernsthafte Besorgnis bezüglich eines Demokratisierungsprozesses in Myanmar (Burma)“, hielt ein Konferenzprotokoll fest. „Die derzeitige Situation, in der politische Häftlinge, einschließlich Aung San Suu Kyi sich in den kommenden allgemeinen Wahlen nicht aufstellen lassen können, ist bedauerlich“.

Das gleiche Bedauern wurde auch von anderen Nationen ausgesprochen; so bezog sich Norwegen auf „grobe und systematische Menschen-

rechtsverletzungen“ in Burma, während Washington drängte, einen „internationalen Untersuchungsausschuss einzurichten, um die Anschuldigungen bezüglich ernsthafter Verletzungen des internationalen Rechtes“ zu untersuchen.

Die Debatte über Burma war Teil einer breiteren Diskussion über die globale Lage, „die die Aufmerksamkeit des Menschenrechtsrates erfordert“. Eine Erklärung auf der website des Rates besagt, dass „während einige Mitglieder weltweite Menschenrechtsverletzungen anprangern“, andere wiederum dieses Vorgehen als kontraproduktiv ansehen und auf die bestehenden Doppelstandards in der Handhabung von Menschenrechten verwiesen, die nur Länder des Südens ins Visier nähmen“.

Mit der gleichen Haltung reagierte Maung Lwin auf die Anklage, indem er sagte, dass die burmesische Junta der Ansicht ist, dass das Menschenrechtsthema „nur auf eine kooperative, nichtpolitisierte Art zu lösen sei“.

Er verteidigte die Junta gegen die Angriffe Belgiens, Norwegens, Englands, Dänemarks und anderen, hinsichtlich der Wahl vom 7. November - der ersten Burmas innerhalb von 20 Jahren - dahingehend, dass diese alle Bemühungen unternehme, freie und faire Wahlen in friedlicher und solider Weise durchzuführen“.

„Myanmar ist dabei, sich in eine demokratische Gesellschaft zu verwandeln, und das Schicksal Myanmars sollte von seinem eigenen Volk entschieden werden“, fuhr Maung Lwin fort. „Es ist weder fair noch korrekt, die Wahlen von außen durch Vorurteile und dem Festsetzen von Vorbedingungen zu beeinflussen in der Absicht, sich in innere Angelegenheiten einzumischen“.

Der Wahlprozess wurde durch Kontroversen getrübt – internationale Beobachter wurden ausgeschlossen und eine Anzahl von Klauseln der Verfassung von 2008, wie zum Beispiel die Übertragung von einem Viertel der Parlamentssitze an das Militär vor der Wahl, erscheinen als Hindernisse für jegliche demokratische Reform in dem vom Militär regierten Land.

The Irrawaddy Newsletter, September 2, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy,

<<http://www.irrawaddy.org/article.php?>

Than Shwe wird China besuchen

Associated Press

Donnerstag, den 2. September 2010

Beijing: Wie die chinesische Regierung am Donnerstag mitteilte, wird Burmas Juntachef in der nächsten Woche China besuchen. Dies ist ein weiteres Zeichen für die enge Verbindung zwischen den beiden Nachbarn.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Jiang Yu, sagte, dass der viertägige Besuch des Juntachefs, Seniorgeneral Than Shwe, am Dienstag beginnt mit Zwischenstops in Beijing und der Messe in Shanghai.

Premierminister Wen Jiabao hatte Burma im Juni einen Besuch abgestattet, es war der erste Besuch eines hochrangigen chinesischen Staatschefs in fast einer Dekade.

Than Shwes Besuch erfolgt vor den burmesischen Wahlen Anfang November, die von der Junta als der wichtigste Schritt zu einer Zivilregierung nach fünf Dekaden Militärregierung beschrieben werden. Kritiker bezeichnen sie als Täuschung und meinen, dass das Militär wenig Anzeichen macht, dass es die Kontrolle abgeben will.

China ist der wichtigste Verbündete Burmas und gibt diplomatische wie auch wirtschaftliche Unterstützung. Burma wird vom Westen wegen seiner miserablen Menschenrechtsbilanz gemieden und auch, weil es dem Sieger der letzten Wahl vor zwei Dekaden die Übernahme der Regierungsgeschäfte verweigert hat.

China war in 2009 mit einem bilateralen Handel von \$2.9 Billionen nach Thailand und Singapur der drittgrößte Handelspartner und Investor. Bis Januar 2010 hat China \$1.8 Billionen in Burma investiert, das sind 11.5% des burmesischen Direktinvestments.

Der ehemalige Präsident Jiang Zemin hatte Burma zuletzt in 2001 besucht.

The Irrawaddy Newsletter - September 21, 2010, news@irrawaddy.org, <http://www.irrawaddy.org/>

The Irrawaddy, 21. September 2010

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19520>

China gewährt Burma einen Kredit von 30 Bio. Yuan

MOE SET und MIN LWIN - September 21, 2010

China stimmte einem zinslosen Kredit von 30 Bio. Yuan (US\$4.2 Bio.) an Burma zu. Der Vertrag wurde während des fünftägigen Staatsbesuches, der vom 7.-11. September stattfand, von Seniorgeneral Than Shwe in China abgeschlossen, gibt das burmesische Ministerium für nationale Planung und Entwicklung (Ministry of National Planning und wirtschaftliche Entwicklung - MNPED) bekannt.

"Das Abkommen über ein zinsloses Darlehen zwischen China und Burma wurde nach einer Zusammenkunft zwischen Than Shwe und Chinas Präsident Hu Jintao in Beijing abgeschlossen", berichtet ein Beamter des MNPED.

Than Shwe führte eine Delegation von 34 Teilnehmern an, unter ihnen ehemalige Generäle und Geschäftsleute wie Tay Za, der, wie berichtet wird, der Familie Than Shwes nahesteht und Zaw Zaw, Besitzer der Max Myanmar Group of Companies.

"Die Anleihe, die über 30 Jahre läuft, ist dazu gedacht, Massenerneuerungsprojekte zu finanzieren wie auch den Strassenbau, Entwicklung der Eisenbahn und die Informationstechnologie," sagte der Beamte des MNPED, der jedoch keine weiteren Einzelheiten zu dem Kredit bekannt gab. Ein in Rangoon ansässiger Volkswirt meinte, dass wegen der Annahme des chinesischen Kredits Burmas Militärregierung unter dem Einfluss Chinas stehen könnte.

"Es ist offensichtlich, dass wir durch die Annahme der 30 Bio. Yuan chinesische Firmen in Burma akzeptieren müssen wie auch die Einwanderung chinesischer Arbeiter ins Land. Der Kredit, den wir von China erhalten, hilft dem chinesischen Volk

und seinen Geschäften. Dem normalen burmesischen Bürger werden keine wirtschaftlichen Vorteile aus diesem Vertrag erwachsen", meinte der Volkswirt.

"Die Regierung hat auch nicht mitgeteilt, wie sie diesen Kredit verwenden oder wieviel Than Shwe für die Entwicklung des Militärssektors verwenden wird", fügte er hinzu.

Währenddessen besagt eine Quelle des Militärs in Naypyidaw, dass Than Shwe nicht willens ist, die Militärausgaben dem neuzubildenden Parlament vorzulegen, das nach dem 7. November einberufen wird.

"Than Shwe ist nicht willens, das Militärbudget dem Parlament zu unterbreiten, was bedeutet, dass er vor Einberufung des Parlaments die Budgets für das Militär anordnen will. Burma hat vor kurzem militärische Ausrüstung wie Flugzeuge und Schiffe erworben", berichtet die Quelle des Militärs.

Burma erhielt bereits 2009 Kredite in Höhe von US\$1.2 Bio. für wirtschaftliche und informationstechnische Entwicklung.

THE BURMANET NEWS, September 10, 2010, Issue #4039
"Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

AFP- <http://news.yahoo.com/s/afp/20100910/bf_asia_afp_myanmarjunteunrestarm>

Myanmar fürchtet Ausschreitungen nach der Erschiessung zweier Jugendlicher durch Soldaten

Rangoon (AFP) - Die Angst, dass der Tod zweier Jugendlicher in einem Streit mit Armeeangehörigen zu Ausschreitungen in Myanmar führen könnte, veranlasste die staatlichen Medien in Myanmar am Freitag, darauf zu bestehen, dass es sich bei dem Zwischenfall nicht um "einen Streit" zwischen der Armee und der Öffentlichkeit gehandelt habe.

Da die Behörden versuchen, jegliche Gefühle, die gegen die Regierung gerichtet sind, vor der ersten ... ↗

... Wahl innerhalb von zwei Dekaden zu vermeiden, beschreibt The New Light of Myanmar die Gewalttat, in der Soe Paing Zaw, 19 und Aung Thu Hein 23 ums Leben kamen, als lediglich "eine Rauferei".

Die Zeitung behauptet, dass es sich um "einen Komplott" handelt, um den Zwischenfall zu benutzen, Ausschreitungen im Land herbeizuführen und fügte hinzu, dass die Menschen dem Staat helfen möchten, "solche Elemente zu beseitigen, die Massenproteste für politische Ziele" provozieren wollen.

"Die Regierung bereitet sich darauf vor, Hand in Hand mit der Bevölkerung zu arbeiten, um gegen Elemente vorzugehen, die die Bevölkerung täuschen wollen, indem sie sich in der Absicht auf die Strasse begeben, die Stabilität und den Frieden des Staates zu zerstören".

Soe Paing und Aung Thu Hein, die am Sonnabend in Bago, nördlich von Rangoon erschossen wurden, wurden nach Zeugenberichten am Dienstagnachmittag unter strengsten Sicherheitsmassnahmen eilig in Rangoon eingeäschert.

Es wird erwartet, dass auch eine Gedenkfeier in der Familie in der Stadt am Sonnabend schwer bewacht sein wird, da die Junta versucht, jegliche Unruhe vor der Wahl am 7. November zu vermeiden - obwohl bisher keinerlei Proteste beobachtet wurden.

Ein anonymes Sicherheitsoffizier sagte, dass die Behörden die Situation streng unter Kontrolle halten, da sie "keinerlei Unruhe vor der Wahl wollen".

Das Paar wurde getötet, nachdem das Taxi, in dem sie mit fünf weiteren Passagieren unterwegs waren, mit einem Motorrad kollidierte, auf dem sich zwei Offiziere befanden, die in der Nähe Bier getrunken hatten.

Berichten zufolge rannte einer der Offiziere von der Prügelei fort und kam mit vier Angehörigen der Sicherheitspolizei vom Bahnhof Bago zurück, von denen einer die tödlichen Schüsse abgab.

"Es handelt sich in Wirklichkeit nur um einen Streit von Betrunknen zwischen einigen jungen Soldaten und Zivilisten auf der Strasse und nicht um einen Streit zwischen dem Tatmadaw und der Öffentlichkeit", berichtet die Zeitung, indem sie den Terminus für das gefürchtete Militär Myanmar verwendete. "So etwas kommt zuweilen vor", fügte sie hinzu.

Der Bericht besagt, dass ein Gerichtsverfahren gegen die beteiligten Soldaten eingeleitet wurde und unterstrich, dass in "bewährter Tradition" gegen Soldaten, die Straftaten begehen, mit Strafmassnahmen vorgegangen wird.

Es wurde nicht erwähnt, gegen wieviele Personen Strafanzeige erhoben wird, aber in der Regel werden Soldaten, die sich strafbar gemacht haben, aus der Armee entfernt, bevor sie strafrechtlich verfolgt werden.

"Die beteiligten Offiziere suchten die Familien der beiden Opfer auf und baten deren Eltern um Verzeihung", berichtete die Zeitung.

Myanmar, das seit 1962 vom Militär regiert wird, hat in den vergangenen Jahren sporadisch Ausbrüche ziviler Unruhe erlebt, die meist mit einem blutigen Sieg der Junta endeten.

Das Land untersagt Zivilpersonen das Tragen jeglicher Waffen und kontrolliert die Presse und andere Freiheiten, um so die Macht in eisernem Griff zu behalten.

Die bevorstehenden Wahlen - die ersten seit der Ikone der Demokratie, Aung San Suu Kyi 1990 nach einem erdrutschartigen Wahlsieg die Machtübernahme verweigert wurde, werden als Scheinwahlen kritisiert, als Täuschung, der Militärregierung ein ziviles Aussehen zu verleihen.

The Irrawaddy Today's Newsletter, September 28, 2010 - news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org.

The Irrawaddy, 28. September 2010 - http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19573

Mönch verhaftet, weil er zur Wahlverweigerung aufgerufen hat

WAI MOE und MIN NAING THU

Ein Sondergericht des berüchtigten Insein-Gefängnisses in Rangoon verurteilte am 3. Jahrestag der Mönchsproteste vom September 2007 und vor der Wahl am 7. November, einen Mönch zu 15 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit, weil er eine Kampagne gegen die Wahlbeteiligung geführt hat.

"Ashin Ukkamsa wurde unter dem Gesetz zur Kommunikation mittels elektronischer Systeme zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, sowie zu 4 Jahren unter dem Presse-Registrierungsakt und zu einem weiteren Jahr unter Akt 505.B - also alles zusammen 15 Jahre Gefängnis", berichtete die Verteidigerin des Mönchs, Khin Htay Kwe, am Montag dem Irrawaddy.

"Das Gericht fällt das Urteil, obwohl es der Staatsanwaltschaft nicht möglich war, während der Gerichtsverhandlung haltbare Beweise zu liefern", sagte sie und fügte hinzu, dass der Mönch bei der Festnahme gezwungen wurde, seine Robe abzuliegen.

Ukkamsa, ein ethnischer Mon, wurde im Januar in Thanbyuzayat festgenommen, als er Flyer gegen die Wahlbeteiligung bei sich hatte, wie auch ein Laptopgerät mit Dokumenten. Kurz nach der Untersuchung wurde er ins Insein-Gefängnis verbracht. Ein Mann, der zusammen mit dem Mönch festgenommen worden war, wurde später nach dem Verhör wieder freigelassen.

Die in Thailand niedergelassene burmesische Menschenrechtsgruppe, Assistance Association for Political Prisoners in Burma, berichtet, dass sich gegenwärtig 256 Mönche und 6 Nonnen im Gefängnis befinden.

Um den Jahrestag der von Mönchen geführten Demonstration von 2007 zu begehen, die auch unter der ...

...☞ Safran-Revolution bekannt wurde und der stärkste Protest gegen das Militär in 2 Jahrzehnten darstellt, forderten burmesische Mönche weltweit die Freilassung der inhaftierten Mönche und eine Reform des staatlichen Mönchsrates.

"Der staatliche Mönchsrat sollte sich um die Angelegenheiten der "Sangha" (Mönche) und des "Sasana" (Buddhismus) kümmern, aber der derzeitige Rat tut alles, was die Junta von ihm verlangt und kann daher die Mönche nicht vertreten", sagte Ashin Pyinnya von der indischen Geschäftsstelle des Sasana Moli, der internationalen burmesischen Mönchsorganisation.

Unterdessen soll Ashin Pyinnya Sara, ein Mönch und leidenschaftlicher Forscher der Geschichte Arakans, durch das Bezirksgericht in Sittwe im Staate Arakan, am Mittwoch verurteilt werden. Er wurde im Juli unter der Anklage des Sexualvergehens festgenommen.

Lokale Quellen bestreiten diese Anklage jedoch und glauben, dass es andere Beweggründe gibt, da der Mönch sich aktiv um soziale Programme bemühte und eine Schule für mehr als 150 Waisen leitet.

Von der Öffentlichkeit geehrt und nach dem Militär die stärkste Institution in Burma, stellen Burmas 400.000 Mönche eine potentielle Bedrohung für das Militär dar, dem um die 350.000 Truppen angehören.

Als Mönche versuchten, sich mit dem Militär zu einigen, so berichten Beobachter, reagierte die Junta mit der brutalen Niederwerfung, mordete und schlug, inhaftierte, zwang Mönche die Robe abzulegen und plünderte die Klöster.

Seit dem Militärputsch in 1988 haben die Mönche zweimal die Junta herausgefordert, indem sie es 1990 und 2007 ablehnten, religiöse Rituale für das Militär und dessen Familien durchzuführen. Die Boykotts waren in einem Land, in dem die Mehrheit buddhistisch ist, ein grosser moralischer Schock für die abergläubischen Angehörigen des Militärs.

Nach dem burmesischen Gesetz ist es Mönchen nicht erlaubt, zur Wahl zu gehen oder sich im Lande aufstellen zu lassen. Beobachter sagen je-

doch, dass die Mönche eine bedeutende Rolle während der Wahl von 1990 gespielt haben, indem sie die National League for Democracy, die Partei der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyis, die 82% der Wahlkreise eroberte, favorisierten.

2008, fast ein Jahr nach der Safran-Revolution, hielt die Junta ein nationales Referendum über die Verfassung ab. Während des Referendums hinderte der Geheimdienst der Regierung Mönche daran, sich Wahlzentren zu nähern.

THE BURMANET NEWS - September 23, 2010 Issue #4048 - "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

Burmesischer **BBC**, 23. September 2010 - <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-11376829>

Die Wahlen werden in Burma mit Gleichgültigkeit begrüßt - Soe Win Than

In Burma sind es noch sechs Wochen bis hin zu den ersten Wahlen innerhalb von 20 Jahren, aber viele sind der Ansicht, dass das Ergebnis bereits heute feststeht.

Obwohl sich über 30 Parteien um die 1.163 Sitze in den nationalen und regionalen Parlamenten bewerben, glauben die meisten, dass dieselben Gesichter, die jetzt Burma regieren, auch nach den Wahlen an der Macht sein werden.

Die Regierung hat ihre eigene politische Partei gegründet – die Union Solidarity and Development Party unter Führung des amtierenden Premierministers.

Die meisten Minister und hochrangigen Militäroffiziere, die in der vergangenen Woche ihr Amt niedergelegt haben, werden für die USDP kandidieren.

Während die anderen Parteien sich bemühen müssen, genügend Kandidaten zu finden, ist die USDP die einzige Partei, die in allen Wahlkreisen vertreten sein wird.

Das Wahlgesetz sieht vor, dass falls es nur einen einzigen Kandidaten in einem Wahlkreis geben sollte, dieser zum Sieger erklärt wird. Dies be-

deutet, dass die Regierung bereits eine Anzahl der Sitze bereits vor den Wahlen eingeheimst hat.

Zu diesen Sitzen kommen die 25% Sitze hinzu, die lt. Wahlgesetz dem Militär vorbehalten sind, was wiederum bedeutet, dass nichtgewählte Offiziere des Militärs im Parlament sitzen werden.

Die vorherrschende Stimmung in den burmesischen Wahlkreisen ist deshalb vor allem Gleichgültigkeit.

Ko Zaw, ein Bewohner Rangoons, berichtete dem BBC: „Mich interessieren die Wahlen nicht. Ich glaube nicht daran, dass sich nach den Wahlen irgendetwas ändern wird. Die Generäle haben sichergestellt, dass sie an der Macht bleiben werden“.

Einschüchterung

Die Wahlen sind seit Beginn in Widersprüchen verstrickt.

Die politische Partei, die in den Wahlen von 1990 einen überwältigenden Sieg davon trug, aber nie regieren durfte, die National League for Democracy (NLD), hat sich entschieden, nicht teilzunehmen, indem sie sich auf die undemokratische Natur der von der Junta anerkannten Verfassung beruft. Frauen suchen vergeblich nach ihren Namen auf der Liste für stimmberechtigte Wähler, am 21. September 2010 finden sich keine prominenten prodemokratischen Namen – einschließlich Aung San Suu Kyi – auf der Wahlliste.

Somit ist die Behauptung aufzustellen, dass die Wahlen einzig und allein die Macht des Militärs zementieren.

In der vergangenen Woche hat die Wahlkommission formell die Partei aufgelöst, da sie sich nicht für die Wahlen registrieren lassen.

Die NLD hat die Menschen aufgefordert, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

In Artikeln der staatlichen Medien wird der Führung der NLD wegen Wahlbehinderung mit Gefängnis gedroht.

Auch andere Parteien beschwe- ...☞

... ren sich über unfaire Privilegien der Regierungspartei.

Während viele Parteien darum kämpfen müssen, genügend Mittel für ihre Wahlkampagnen zu finden, hat die USDP unbegrenzten Zugang zu Staatsfonds. Viele Minister können sich für die Wahlkampagne in ihren Wahlbezirken staatlicher Einrichtungen bedienen.

Weiterhin haben sich Parteien darüber beschwert, dass ihre Anhänger von den Behörden schikaniert werden.

„Als wir in einem Bezirk den Bürgern unsere Parteipolitik erklären wollten, verfolgte uns die Polizei und beobachtete uns genau“, sagte Aye Lwin, Vorsitzender der Union of Myanmar Federation of National Politics“.

„Nachdem wir den Bezirken verlassen hatten, wurden Teilnehmer der Versammlung von der lokalen Behörde befragt. Dies schüchtert diejenigen ein, die uns unterstützen wollen“.

Trotz all dieser Gegebenheiten glauben einige, dass die Wahl einen Freiraum für politische Bewegung bietet.

„Wir wissen, dass diese Wahl nicht sofort zu einer demokratischen Regierung führen wird“, sagt Thein Nyunt, ein Führer der National Democratic Front, die von einem ehemaligen Mitglied der NLD gegründet wurde.

„Aber dies ist die einzige Öffnung, die sich zur Zeit hier im Lande ergibt. Es ist nicht gut, jetzt darüber zu reden, was wir im Parlament nicht tun werden können. Wir sind noch nicht dort“.

Andere warnen dagegen, dass die Parteien durch ihre Teilnahme den Wahlen den Anschein einer Legitimität verleihen werden, was sich die Junta verzweifelt erwünscht, wenn auch die Form des zukünftigen Parlaments bereits heute festgelegt ist.

Das Militärregime, das seit 1988 Burma regiert, wird zu seinem Ende kommen, aber eine Militärregierung wird in einer neuen Form im Kleide des Zivils weiterhin an der Macht bleiben.

THE BURMANET NEWS, September 24, 2010 - Issue #4049 - "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

BBC News - September 24, 2010 - <<http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-11406008>>

Burmas Aung San Suu Kyi auf der "Wahlliste"

Burmas inhaftierte prodemokratische Führerin, Aung San Suu Kyi, erscheint auf einer Wahlliste für die ersten allgemeinen Wahlen innerhalb von 20 Jahren, berichteten Augenzeugen dem BBC.

Ms. Suu Kyis Wahlsieg in 1990 war von der burmesischen Militärjunta annulliert worden.

Sie befindet sich unter Hausarrest und war anfangs vom Wählerverzeichnis ausgeschlossen worden.

Augenzeugen berichten, dass sich ihr Name nunmehr auf einer Folge-Liste ihres Stadtviertels in Rangoon befindet. Es erfolgte hierzu kein offizieller Kommentar, und es ist unklar, ob ihr die Stimmabgabe im November gestattet sein wird.

Diese Entwicklung erfolgte, nachdem die burmesischen Chefs der Militärregierung an dem jährlichen Treffen der UN-Generalversammlung in New York teilgenommen hatten.

Viele westliche Staaten wie auch die UN betrachten die mangelhafte Menschenrechtsbilanz in Burma ebenso wie die Verweigerung der Machtübergabe an die Partei von Ms. Suu Kyi in 1990 kritisch.

Analysten sind der Ansicht, dass die Aufnahme von Ms. Suu Kyi das Ergebnis der Wahl wenig beeinflussen wird. Sie hatte unzufriedene Bürger wissen lassen, dass eine Beteiligung an der Wahl am 7. November nicht zwingend ist.

Die neuen Wahlgesetze führten zur Auflösung ihrer Partei, der National League for Democracy.

Der burmesische Journalist beim BBC, Soe Win Than, glaubt, dass nach der Wahl die Gesichter, die jetzt Burma regieren, auch nach der Wahl wieder am Ruder sein werden.

Die Regierung hat ihre eigene Partei gegründet - die Union Solidarity and Development Party - die unter der Führung des amtierenden Premierministers steht.

Die neue Verfassung garantiert dem Militär um die 25% der Sitze, dies bedeutet, das nichtgewählte Militärs im Parlament sitzen werden.

The Irrawaddy – Newsletter - September 25, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy, 25. September 2010 - <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19554>

Ban sucht wegen Burma die Unterstützung der ASEAN

LALIT K JHA

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen appellierte am Freitag an die Chefs der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) mit der Bitte um Unterstützung, um Burma einer wirklichen Demokratie näherzubringen.

In seiner Rede während der jährlichen Zusammenkunft der Chefs im UN-Hauptquartier in New York bemerkte er, dass die UNO wie auch die ASEAN Stabilität und Entwicklung in Burma wünschten und sich darin einig sind, dass das Land den Übergang zur Demokratie wie auch eine nationale Aussöhnung dringend nötig habe und dass deshalb die diesjährige Wahl frei und fair und für alle sein müsse.

"Sollten diese Erwartungen enttäuscht werden, würde dies die Glaubwürdigkeit des Prozesses unterminieren - was wiederum die gemeinsamen Werte und Prinzipien der ASEAN reflektieren würde. Gleichzeitig aber müssen wir Myanmar (Burma) helfen, dass es diese humanitäre Herausforderung und Entwicklung bewältigen kann", sagte Ban.

"Mit Unterstützung der ASEAN fühle ich mich verpflichtet, meine Arbeit mit der Regierung und dem Volk in Myanmar fortzusetzen, um den erfolgreichen Übergang zu einer zivilen und demokratischen Regierung zu ermöglichen", sagte er.

... ↗

... "Ich zähle darauf, dass durch Ihre Unterstützung Myanmar sich meinen Bemühungen gegenüber verpflichtet fühlt," sagte der Generalsekretär, der noch einen neuen Sonderbeauftragten für Burma ernennen muss - ein Posten, der seit Januar unbesetzt ist.

Es war Ban während seines Besuches in Burma, wo er sich mit dem Chef der regierenden Junta, Seniorgeneral Than Shwe, traf, nicht möglich gewesen, dass Regime dazu zu bewegen, sich der Herstellung der Demokratie anzunähern und die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus der Haft zu entlassen.

In der vergangenen Woche zeigte er sich darüber besorgt, dass die vom Regime eingesetzte Wahlkommission 10 politische Parteien auflöste, unter denen sich auch Suu Kyis National League for Democracy befand. Er forderte die Behörden auf, sicherzustellen, dass an den Wahlen im November alle teilnehmen können.

Im August appellierte er an die Militärjunta, alle verbleibenden politischen Häftlinge freizulassen, damit sie sich voll an der Wahl am 7. November - Burmas erster innerhalb von 20 Jahren - beteiligen können.

Ban besprach die gegenwärtige Situation in Burma mit dem philippinischen Präsidenten Benigno Aquino.

"Der Generalsekretär wie auch der Präsident unterstrichen die Notwendigkeit eines glaubwürdigen Wahlprozesses und diesbezüglich die Wichtigkeit des Engagements der Länder der Region", war einer UN-Erklärung zu entnehmen.

Der thailändische Premierminister Abhisit Vejjajiva sagte am Donnerstag in einem Interview, dass das politische System in Burma nach der Wahl "umfassender" werden müsse und dass Suu Kyi eine Beteiligung ermöglicht werden soll.

The Irrawaddy - Newsletter, September 25, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org
The Irrawaddy, den 25. September 2010 -
 <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19553>

Obama drängt Burma, mit dem Aussöhnungs- prozess zu be- ginnen - LALIT K JHA

Washington - Am Freitag mahnte US-Präsident Barack Obama die burmesische Führung, mit dem nationalen Aussöhnungsprozess zu beginnen, indem alle politischen Häftlinge freigelassen werden, einschliesslich der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Obama wiederholte seine Forderung während einer Konferenz mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) in New York, die am Rande der UN-Generalversammlung stattfand. An der Konferenz nahm auch der burmesische Aussenminister Nyan Win teil, es kam jedoch nicht zu einem direkten Kontakt zwischen ihm und den US-Präsidenten.

"Der Präsident glaubt an die Bedeutung einer demokratischen Reform und an den Schutz der Menschenrechte und wiederholte seine Forderung, dass Burma mit dem Prozess der nationalen Aussöhnung beginnen müsse, indem es alle politischen Häftlinge zusammen mit Aung San Suu Kyi freilässt und im November freie und faire Wahlen abhält", sagte das Weisse Haus nach der Konferenz in einer Erklärung.

In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Gegenpart der USA, den Chefs der ASEAN, sagten diese dass sie "das fortgesetzte Engagement der USA mit der Regierung Myamars (Burmas) begrüßen und gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Bemühungen der ASEAN und der USA Myanmar ermutigen werden, politische und wirtschaftliche Reformen anzupacken, um die nationale Aussöhnung zu erleichtern".

Es wurde die Forderung wiederholt, die während der ersten US-ASEAN-Konferenz vergangenen November gestellt wurde, d.h., die diesjährige Wahl in Burma "frei und fair zu führen, sowie umfassend und transparent zu machen, damit sie für die Weltgemeinschaft glaubwürdig wird."

In der gemeinsamen Erklärung heisst es weiter, "Wir betonen die Notwendigkeit, dass Myanmar fortfährt, mit der ASEAN und den Vereinten Nationen im Prozess der nationalen Aussöhnung zusammenzuarbeiten".

Das Auswärtige Amt in Washington wiederholte, dass die USA nicht glauben, dass die Wahl im November rechtmässig sein wird.

"Wir haben es die ganze Zeit über klar gemacht, dass es den Wahlen vom 7. November an Legitimität fehlt", sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Mark Toner.

"Wir sind auch heute noch offensichtlich besorgt über die repressive politische Landschaft im Lande und wir mahnen die Obrigkeit in Burma, alle politischen Gefangenen freizulassen, einschliesslich Aung San Suu Kyi, und ich vermute, dass es noch zusätzliche 2.100 politische Häftlinge gibt", sagte er.

"Wir glauben nicht daran, dass diese Wahlen frei oder fair sein können, und wir fahren fort, die Obrigkeit in Burma zu ermahnen, als ersten Schritt zur nationalen Aussöhnung, einen echten politischen Dialog mit der demokratischen Opposition zu beginnen... wie auch mit den Chefs der ethnischen Minderheiten", sagte Toner.
